

„Demokratie-Lernen“: Ein Problem? Der dritte Tag der Lernstatt (19.3.2004)

Den dritten Tag der Lernstatt eröffnete Wolfgang Beutel mit einem Vortrag über die aktuellen Aufgaben einer Erziehung zur Demokratie. Seinen Ausgangspunkt bildeten die erkennbare „Entpolitisierung“ der Jugend und der ebenso greifbare und bedenkliche Rückzug vieler Schüler und junger Menschen ins Private. Wolfgang Beutel wollte vor allem verdeutlichen, dass demokratische Schul- und Jugendprojekte Möglichkeiten dafür bereithalten, dass Jugendliche die Enge eines egozentrischen, egoistischen und hedonistischen Blickes zu überwinden vermögen, wenn sie durch die projektförmig gestaltete Einübung sozialen und bürgerschaftlichen Engagements die Perspektiven anderer Personen zu übernehmen lernen, durch die Übernahme fremder Perspektiven auch den Weg gewiesen bekommen in Richtung einer stärkeren Orientierung des eigenen Verhaltens am Gemeinwohl als eines der Kernbestände demokratischer Gesinnung und Aktivität. Wolfgang Beutel rief auch die ideengeschichtlichen Wurzeln des Förderprogramms, insbesondere auf John Deweys Verständnis der Demokratie als einer Lebensform in Erinnerung. Schließlich skizzierte er die aktuellen Debatten über den Ansatz und die Reichweite einer Pädagogik, welche die Erziehung zur Demokratie wesentlich vermittels einer praktischen Einübung demokratischen Handelns, des Lernens von Demokratie durch Erfahrung und in Projekten zu betreiben sucht, jene Erziehungswissenschaft, die von „Demokratisch Handeln“ vertreten wird.

Debattiert wird der Ansatz und die Reichweite von „Demokratisch Handeln“ momentan unter Politikdidaktikern. Ihre Kritik richtet sich wesentlich gegen den Demokratiebegriff von „Demokratisch Handeln“ (aus der Sicht der Kritiker: Überschätzung des normativen Aspekts der Demokratie, Ausblendung der faktischen Seite der Demokratie, mangelnde Ausdifferenzierung des Demokratiebegriffs, Gleichsetzung von einem demokratischen Ethos im Alltagsverhalten mit dem politischen System der Demokratie, die Etikettierung jedes prosozialen Verhaltens mit dem „Demokratie-Label“ u.ä.m.) und die starke Favorisierung des Projekt- und Erfahrungslernens durch das Förderprogramm, die dem Fach „Sozialkunde“ und seinen Äquivalenten im Fächerkanon der verschiedenen Bundesländer mindestens partiell die Legitimität abzuspochen scheint.

Dem Vortrag von Wolfgang Beutel folgte ein Meinungsaustausch. Einige Positionen aus der Diskussion werden im folgenden resümierend und holzschnittartig wiedergegeben. In die Darstellung fließen auch einige Statements aus der abschließenden „Feedback-Runde“ der Fortbildung ein. Zum Schluss gab Harry Beetz (Bremen) Hinweise zur Finanzierung von internationalen Schulpartnerschaften im Rahmen des Sokrates-Programms der EU.

Einige Standpunkte aus der Diskussion. Dr. Wolfgang Beutel über den Zusammenhang zwischen Schulgesetz, Förderprogramm und der Kontroverse über das „Demokratie Lernen“

Zusammenfassung: Wolfgang Beutel suchte in seinem Vortrag herauszuarbeiten, dass das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ sich in einer Linie mit verschiedenen Präambeln von Schulgesetzen der Bundesländer befindet, in denen es heißt, dass schulisches Lernen demokratische Überzeugungen in der heranwachsenden Generation stützen sollte. Dieser gesetzlichen Vorgabe arbeitet das Förderprogramm und mit ihm zahlreiche Schulpädagogen, die demokratische Projekte durchführen, entgegen. Die aktuellen Kategorien, durch das Ideal des mündigen Bürgers mit demokratischen Überzeugungen heute erfüllt werden soll, die Kompetenzen, wenn nicht sogar einen bestimmten, in unserer Gesellschaft favorisierten Menschentypus beschreiben, lauten „kritische Loyalität“ und „demokratische Handlungsfähigkeit“.

Solche Kompetenzen will das Förderprogramm ohne allzu starke Kanalisierung von Handlungsformen oder allzu enge Vorgaben fördern. Der Demokratiebegriff des Förderprogramms ist offen für verschiedene Ansätze des „Demokratie-Lernens“, für verschiedene Erfahrungshorizonte, Techniken, Methoden und Arbeitsformen. Es soll ihnen, damit sie dem Demokratiebegriff des Förderprogramms genügen, lediglich gemeinsam sein, dass sie Wege zur „kritischen Loyalität“ und zur „demokratischen Handlungsfähigkeit“ eröffnen. Durch diese Offenheit ist es jedem Schulpädagogen möglich, sich in der Entwicklung eines eigenen demokratischen Projekts kreativ zu zeigen – ohne Scheu vor einem Vorgehen, das seitens des Förderprogramms abgelehnt würde, weil es zu vorhandenen Projekt-“Mustern“ nicht passt, falls es etwa neue Erfahrungen enthält. Die Kehrseite der Offenheit des Förderprogramms, das zum einen pragmatischen, zum anderen lediglich orientierend-richtungsweisenden Verständnisses von Demokratie, ist eine gewisse Offenheit des Demokratiebegriffs, die die Politikdidaktik wohl geradezu zur Kritik eingeladen hat.

Wesentlich für die Arbeitsweise des Förderprogramms – dies darf in der Diskussion zwischen Politikdidaktik und dem schulpädagogischen Ansatz von „Demokratisch Handeln“ nicht übersehen werden – ist nicht die Intensivierung historisch-politischen Wissens über die faktische demokratische Herrschaftsordnung in unserem Land oder in der westlichen Zivilisation. Diese Aufgabe bleibt die Aufgabe verschiedener Unterrichtsfächer wie Sozial- und Gemeinschaftskunde oder Geschichte. Das Förderprogramm will vielmehr einen Ort der Konzentration von Erfahrungen des demokratischen Projektlernens bieten und einen Fundus an Modellen jenen Schulpädagogen zur Verfügung stellen, die nach Anregungen für die Durchführung eigener Projekte suchen. Zudem wollen die Initiatoren des Förderprogramms hervorragende Leistungen auf dem Felde der Erziehung zur Demokratie öffentlich anerkennen und auszeichnen. Die alljährliche bundesweite

Lernstatt Demokratie sowie die Ausstellung der von der Jury des Programms ausgelobten Projekte sind Mittel dieser Anerkennung. Für jene Schulpädagogen, die sich auf der bundesweiten Lernstatt treffen, und vor allem auch für die Schülerinnen und Schüler, die an dieser Arbeitstagung teilnehmen, möchte das Förderprogramm auch eine Art Bühne sein, die der Netzbildung und der Multiplikation von Erfahrungen des Umgangs mit Demokratie-Projekten dient.

Das Theorie-Praxis-Problem

Bei der Debatte über das Demokratie Lernen in Schule und Jugendarbeit handelt es sich um eine wissenschaftliche Diskussion, deren Gegenstände Schule, Jugend, Demokratie und Lernen bilden. Das bedeutet auch, dass sie nicht die Diskussion unter Lehrern spiegelt oder mit den Problemen der Vermittlung demokratischer Handlungskompetenz, die Lehrern in Deutschland aktuell vor Augen stehen, kongruent ist. Wie nun verhält sich die „akademische Diskussion“ zur Schulpraxis? Welches Verhältnis nehmen die „Theoretiker“ zu den „Praktikern“ ein? Haben erstere überhaupt die Möglichkeit, die Schulpraxis adäquat und ohne Verzerrung wahrzunehmen, entsprechend zu beurteilen und „wissenschaftlich fundierte“ Empfehlungen für die Schul- und Unterrichtsentwicklung auszusprechen? Diese Fragen wurden in ganz grundsätzlicher Weise in der Diskussion im Anschluss an Wolfgang Beutels Vortrag erörtert.

So bezweifelte ein Teilnehmer, dass Erziehungswissenschaftler (Schulpädagogen) oder Politikdidaktiker die aktuelle Situation an deutschen Schulen tatsächlich beurteilen können oder adäquat wahrnehmen. Dagegen wurde gehalten, dass es praktisch sehr schwierig ist, die wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und zugleich aus eigener Anschauung die Schulpraxis zu kennen, also Lehrerdasein und Universitätslehrerdasein zu kombinieren und so jederzeit auf eigene Erfahrungen aus der Schulpraxis zurückgreifen zu können. Dies freilich ist ein lebenspraktisches, pragmatisches Argument. Man kann aber die Sache auch viel grundsätzlicher angehen, und im Sinne sozialwissenschaftlicher Theoriebildung fragen: „Muss man aber Iulius Caesar sein, um Iulius Caesar zu verstehen?“ Anders gewendet: „Haben wirklich nur Lehrer die Kompetenz, ihre eigene Lage angemessen zu beurteilen?“ Und ging es nicht gerade in Beutels Ausführungen darum, auf Möglichkeiten des Fremdverstehens in Demokratie-Projekten hinzuweisen, die von „Demokratisch Handeln“ befördert werden? Müsste nicht das Fremdverstehen als Möglichkeit jedes Menschen auch das Denken eines Mitarbeiters von „Demokratisch Handeln“ beherrschen? Solches Fremdverstehen wird nie vollends gelingen, kann irrig sein, ist aber schon allein aus dem Grund prinzipiell berechtigt, dass alle Menschen stets und ständig darauf angewiesen sind, fremdes Dasein, fremde Situationen zu beurteilen, dass also ein Menschenleben ohne die Annahme der Möglichkeit eines richtigen Fremdverstehens gar nicht geführt werden kann. Und der

Erziehungswissenschaftler versteht auch etwas Fremdes, wenn er Lehrer, ihre Situationen, spezifische Bedingungen, unter denen sich schulisches Lernen vollzieht oder Schüler und deren besondere Lage interpretiert und einschätzt. Er macht dabei nichts anderes, als das, was alle Menschen notwendig tun müssen: Die Deutung dessen, was von ihnen unterschieden, mit ihnen nicht identisch ist. Man kann deswegen dem Erziehungswissenschaftler nicht das Recht zur Deutung und zum Urteil über andere Personen und deren Lage absprechen, ihnen auch nicht die Möglichkeit, mit ihrer Deutung und ihrem Urteil die Wahrheit auch zu treffen, absprechen, ohne sich dann fragen lassen zu müssen, ob solch eine Grenzziehung für die Kompetenz des Erziehungswissenschaftlers nicht zugleich Ausdruck einer subjektivistischen Position - niemand kann adäquat über etwas urteilen, das nicht mit ihm selbst identisch ist.

Der Aktivbürger - eine Illusion?

Wollte eine Linie der Partizipationsdiskussion der sogenannten 68er-Bewegung noch dem Ideal eines „Aktivbürgers“ folgen, hat sich die Situation demgegenüber heute sehr verändert. Nicht nur das ein solches Konzept ebenfalls ideologieverdächtig ist. Vielmehr geht es nun darum, durch subjektiv wirksame positive Erfahrungen eine stärkere Partizipation zu fördern: das lässt sich eher durch das Projektlernen erreichen als durch den Versuch, viele Schüler in die ihnen offen stehenden schulinternen Institutionen durch externe Vorgaben und Steuerung zu integrieren. Dem Lernen in Projekten kann dann Engagement in Vereinen, Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Projekten und Parteien folgen.

Die Unterstützung des „Demokratie Lernens“ in Thüringen und in anderen Bundesländern

Das Land Thüringen unterstützt nicht nur direkt, sondern auch über die Mitarbeiter des ThILLM ideell und personell die Fortbildungen von „Demokratisch Handeln“. Es lässt sich erkennen, dass so im Land Thüringen zwei Wege der Erziehung zur Demokratie gegangen werden: Zum einen handelt es sich um Veranstaltungen, die die klassische historisch-politische Bildung verfolgen, wesentlich durch die Auseinandersetzungen mit den Erfahrungen aus den zwei deutschen Diktaturen – in diesem Jahr mit dem Schwerpunkt „Widerstand“ – aufgrund des 50. Jahrestages des Attentats vom 20. Juli 1944, zum anderen handelt es sich um die Unterstützung der „offenen“ Projektarbeit an der Demokratie und für die Demokratie.

„Rückeroberung“ des öffentlichen Raumes

Die Attribute „progressiv“ und „konservativ“, die in der demokratiepolitischen und -pädagogischen Diskussion eine Rolle spielen, dienen gemeinhin der Kontrastierung politisch-weltanschauliche Orientierungen. Das Attribut „progressiv“ steht dann als Äquivalent für „rot-grün“, linksliberal, sozialdemokratisch oder sozialistisch, das Attribut „konservativ“ hingegen als Äquivalent für „christlich demokratisch“, „bürgerlich“ oder „christlich sozial“. Mit diesen Prädikaten kann man auch die beiden „großen Parteien“ der aktuellen Kontroverse um das Demokratie-Lernen schärfer konturieren: eine auf neuen Wege des Demokratie-Lernens setzende Schulpädagogik als die eine Partei und eine ältere Standards politischer Bildung verteidigenden Politikdidaktik als die andere Partei.

Eine „Rückeroberung“ des öffentlichen Raumes durch junge Bürger, eine Gestaltung der öffentlichen Sphäre durch die jungen Menschen, vielleicht allein die Ermöglichung der Erfahrung einer Gestaltbarkeit dieser Sphäre, die Entdeckung von Spielräumen für eigenes Handeln im öffentlichen Leben - dies sind wesentliche Ziele des Förderprogramm „Demokratisch Handeln“. Projektarbeit unter dem Dach von „Demokratisch Handeln“ ist, so zeigt die Diskussion, insofern auch „progressiv“ zu nennen, weil sie sich gegen ein „konservatives Verständnis“ des öffentlichen Raumes als eines nur mehr für Verträge und rechtlich klare Regeln offenen Feldes wendet. Als bloßer Rechtsraum begriffen bleibt die Öffentlichkeit weithin ein Öde oder besser ein Brachland, das gepflügt oder bestellt werden könnte. Gerade die sich (partiell) progressiv gebärdenden, die Kategorie des „Konservatismus“ von sich weisenden Parteien – etwa die SPD – führt Regionen und Kommunen der Bundesrepublik politisch, regiert diese Gebiete und erfüllt dort den öffentlichen Raum nicht mit Leben, lässt jedenfalls nicht erkennen, dass es zivilgesellschaftliche Erfüllung des öffentlichen Raumes begünstigt. In Regionen wie Bremerhaven hat eine vermeintlich progressive Haltung politisch dominanter Kräfte – zeitweise auch die ortsansässigen „Linken“ in der DKP – zu einer Art Entleerung des öffentlichen Raumes von Eigeninitiative der Bürger geführt nach dem Motto: „Der Staat soll es richten – und er wird es auch richten.“ Die Fürsorgementalität mancher Bürger und Lehrer, aber mehr noch die Verrechtlichung des öffentlichen Raumes hat zu einer Art Erstickung des Handelns in diesem Raum des Bürgers geführt. Es ist von vielen zu rechtlichen Bedingtheiten abhängig, in der Öffentlichkeit zu agieren, so dass wohl auch Ideen für öffentlichkeitsrelevante Projekte von den Bürger zu selten angestoßen werden.

Auf die „Reprivatisierung“ des öffentlichen Raumes (oder genauer die Inszenierung des Privaten in der Öffentlichkeit), wie es der Philosophin Beate Rössler zufolge an der Omnipräsenz des Handys in der Öffentlichkeit ablesbar wird, sollten Lehrer und Schüler mit einer „Rückeroberung“ des öffentlichen Raumes durch Projekte begegnen, denn Projektarbeit ist keine Privatangelegenheit und

auch keine Inszenierung des Privaten unter den Augen des bürgerschaftlichen, universalen Publikums, sondern kann als kollektive, prosoziale oder politische Arbeit schon vor jedem öffentlichkeitswirksamen Auftreten beanspruchen, ein Moment des Öffentlichen im Sinne dessen, was alle Bürger etwas angeht und ihnen allen dient, in sich zu tragen.

Die politikdidaktische Kritik am Konzept von „Demokratisch Handeln“ - eine „Unverschämtheit“?

In der neuerlichen Debatte um Konzepte des „Demokratie-Lernens“ stehen sich vor allem Politikdidaktiker und Schulpädagogen gegenüber. Die „politikdidaktische Fraktion“ kritisiert schulpädagogisch inspirierte Ideen des „Demokratie-Lernens“, jenen Ideen also, die auch das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ bestimmen (Projekt- und Erfahrungsorientierung, Ausweitung des Demokratiebegriffs auf das Alltagsverhalten, also die „Lebensform“ der Menschen u.a.). Sie sieht in solchen Ideen eine Regression, einen Verlust an Differenzierung, das heißt eine Verfehlung der Pflicht, in der Schule kognitive Fähigkeiten junger Menschen zur Entfaltung zu bringen. Sie sieht eine Gefahr für die eigentliche Aufgabe des schulischen Unterrichts, Wissen und Kenntnisse, auch und gerade im Hinblick auf das politische System, in dem wir leben, zu vermitteln. Sie sieht im Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ gleichsam eine Ermäßigung des Tarifs, zu dem die Demokratie zu haben ist. Sie will, dass die Schule das Denken lehrt. Handeln dagegen, also demokratisch handeln, sollen die heranwachsenden Bürger von sich aus, und die Kompetenzen, die „Demokratisch Handeln“ zu fördern sucht, werden am Ende besser indirekt entwickelt, eben durch das Engagement der Bürger ohne schulische Direktiven.

Diese hier zugespitzt referierten Argumente und Thesen bleiben im Kreise der versammelten schulpädagogischen Praktiker nicht ohne Gegenreaktion. Das kann nicht verwundern, handelte es sich schließlich um Lehrerinnen und Lehrer, die selbst mittels der Projektdidaktik und des Erfahrungslernens jungen Menschen die Chance zu geben suchen, sich die Funktionsweisen der Demokratie praktisch zu erschließen. Die Reaktion auf die politikdidaktische Kritik kommt hier nicht von Wissenschaftlern, nicht von Erziehungswissenschaftlern oder universitären Didaktikern. Sie kommt von Praktikern, die ihr Unbehagen und ihre Empörung über diese massive Kritik seitens der Politikdidaktik zum Ausdruck bringen. Eine der am Abschlussplenum der Lernstatt beteiligten Lehrerinnen sieht sich und ihre Kollegen sogar in unfairer Weise angegriffen: „Unverschämte“ seien diese Vorwürfe der Politikdidaktik an die Adresse von „Demokratisch Handeln“ und die unter diesem „Dach“ versammelten und arbeitenden Pädagogen – insbesondere gelte dies dort, wo man Lehrern bequemes Handeln unterstelle, weil sie komplexe soziologische Theorien unterrichtlich nicht zu vermitteln im Stande oder willens wären. Stellt man nicht mit solch heftiger Kritik, wie sie

die Politikdidaktik vorträgt, die wichtigen Leistungen der Schulen zur Stabilisierung der Demokratie in Frage? Ignoriert man nicht die positive Facetten des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“, die es bei aller Notwendigkeit der kritischen Stellungnahmen, der Problematisierung in Permanenz – einem Wesenszug der Demokratie – auch gibt?

Bei der Empörung freilich, bei der ernsthaften Betroffenheit von dieser starken Kritik der Politikdidaktik, darf es nicht bleiben. Der wissenschaftliche Diskurs wie auch der öffentliche Kampf der Meinungen in der Demokratie muss von Argumenten leben. In ihm soll auch stets das bessere Argument, die bessere Begründung siegen. Und Gefühle, Empörung, Zorn, Ärger, ebenso sehr Freude, Jubel, Genugtuung sind keine Argumente, zumindest keine guten Argumente. Wenn sie schon keine guten Argumente sind, so sind sie auch nie die besseren Argumente. Sie werden den Sieg über die argumentierenden Kritiker nicht davon tragen, sollten sie isoliert bleiben, sollten sie ein Gefühl und damit etwas extrem Zufälliges, Privates und Individuelles bleiben.

Die im Rahmen des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ arbeitenden Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen, auch diejenigen Personen, welche Demokratie in der Schule und darüber hinaus praktizieren – egal unter welchem Etikett oder Label – können aber Argumente beibringen, welche die politikdidaktische „Kritik“ zwar nicht restlos widerlegen, wohl aber in spezifischer Weise entgegen zu wirken vermögen. Sieht man ab von der pragmatisch-offenen Begriffsbildung in den Texten der Urheber des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ – von einem Demokratiebegriff, der es aus politologisch-politikdidaktischer Sicht an Trennschärfe mangeln lässt, sieht man ab von all den Unzulänglichkeiten in Sachen Sprache, Ausdruck, begrifflichem Repertoire von Schülern und von Schüleraussagen in Dokumentationen demokratischer Schulprojekte, so wird man sehen und einsehen können, dass die Lernmöglichkeiten eines Schülers in einem Projekt Voraussetzungen und Bedingungen dafür sind, dass dieser Schüler als junger Menschen und später als Erwachsener durch seine Haltung und Praxis einen Beitrag zu einer intakten Demokratie, also zur Stabilität derjenigen freiheitlichen Rechtsverhältnisse, in denen wir leben wollen, zu leisten vermag.

Es handelt sich nicht überall um einen Kontakt zu den demokratischen Institutionen, nicht überall um eine Einübung demokratischer Verfahren, nicht überall um eine politische Partizipation, wenn im Rahmen des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ von Demokratie oder einem demokratischen Projekt die Rede ist. Auch ist kaum je oder nur selten von den Grundprinzipien der Demokratie in diesen Projekten die Rede – weder von der Gewaltenteilung, noch von den Grundrechten, noch von Mehrheitsentscheidungen oder vom (rechtlichen) Minderheitenschutz. Diese Kategorien bestimmen nicht den Denkhorizont oder den Gefühlkosmos derer, welche Projekte dokumentieren und sich mit diesen Dokumentationen an Ausschreibungen des

Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ beteiligen. Jedoch erwerben die Schüler in Demokratieprojekten eben einen Teil jener Fähigkeiten, die sie in die Lage versetzen, aktive Bürger einer Demokratie als Herrschaftsform zu sein. Demokratische Schulprojekte – in Kooperation mit dem Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ sorgen so gesehen dafür, dass die spezifischen Möglichkeiten der Schule nicht brachliegen, die zu einem Leben als aktiver, demokratischer Bürger gehören. Die Projekte und das Programm eilen nicht direkt auf die Demokratie als Herrschaftsform zu, können aber für sich beanspruchen, im Vorfeld einer lebendigen Demokratie der Erwachsenen für diese wirksam gewesen zu sein.

Pragmatismus und Begrifflichkeit

Ein pragmatisch-offener Begriff von Demokratie prägt die grundlegenden und theoretisch argumentierenden Texte des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“. Dies ist aus politologisch-politikdidaktischer Perspektive ein Mangel. Aber dies ist aus schulpädagogischer Perspektive ein Gewinn, denn durch Pragmatik und Offenheit des Terminus „Demokratie“ ist es möglich, jede demokratieförderliche Aktivität in der Schule und der Jugendarbeit sowie jede Aktivität von Kindern und Jugendlichen, die sich mit demokratischen Mitteln aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen zuwendet, etwa durch die Einladung zur „Lernstatt Demokratie“, zu würdigen. Demokratie-Lernen bedeutet also im Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ auch den Erwerb von Dispositionen, die die Ausbildung einer demokratischen Gesinnung befördern. Von daher fördert „Demokratisch Handeln“ in einer Art Basisarbeit alles, was solche Gesinnung hervortreibt. Das ist ein Manko in den Augen jener, die an einem strengen und reinen Begriff der Demokratie – der durch Institutionen und Kodifizierungen geregelten „Herrschaft des Volkes“ mit all ihren modernen Ausdifferenzierungen – festhalten wollen. Das erklärt die Uneindeutigkeit des Demokratiebegriffs des Förderprogramms. Die Initiative fängt auf unterer Ebene gesellschaftlichen Konsens über Aufgaben unserer Demokratie ein. Dies ist gut hermeneutisch, das heißt das Selbstverständnis von Lehrern und Schülern hat im Zweifelsfalle Vorrang vor einer allzu strengen, normierend-ausschließende Theorie der Demokratie.

Außerdem ist auch ein gewisser Pragmatismus in der Begriffsbildung nötig, um mit einem praktischen Programm bundesweit wirken zu können, das heißt auch identifizierbar, wiedererkennbar zu bleiben, durch einen knappen, gleichsam pointierten (und nicht nuancierten) Namen, der eine zusammenfassende Abkürzung für sehr verschiedene Methoden, Ziele und Gegenstände darstellen muss.

Aktuelle gesellschaftliche und politische Themen - eine der fundamentalen Perspektiven des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“

Mit dem pragmatisch-offenen Verständnis der Demokratie, das den Ansatz des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ prägt, sollen möglichst viele demokratierelevanten Tätigkeiten von Kindern und Jugendlichen entdeckt, erhoben, begleitet und öffentlich ausgezeichnet werden. Der Geist, von dem das Programm in diesem Punkte lebt, ist ein Geist der Einbeziehung, nicht der Exklusion: Auch gute Ansätze, die in Richtung einer Stabilisierung demokratischer Verhältnisse weisen, sollen gefördert werden. Die Offenheit hat ihren guten Sinn. Das Programm ist deshalb noch nicht durch Konturlosigkeit und Diffusität geprägt, wie politikdidaktische Kritiker meinen, denn wenn man den Blick wendet – weg von demokratietheoretischen Grundlegungsfragen und hin zu der internen sachlichen Struktur der bislang erhobenen Projekte –, dann treten die Konturen des Programms deutlich hervor. Die interne sachliche Struktur der bislang gewonnenen Erfahrungen besteht in einer thematischer Gliederung der Projekte: Es lassen sich Gruppen von Projekten bilden, je nach den thematischen Schwerpunkten des jeweiligen Projekts. Dazu zählen etwa die Gruppen „Schule, Schulleben“, „Schulpartnerschaft“, „Praktisches Lernen, Kunst, Ästhetik, Theater“, „Zusammenleben, Asyl, Gewalt, Minderheiten“, „Ökologie“ und „Geschichte, Lokalgeschichte, NS-Geschichte etc.“. Diese thematischen Gruppen stellen seit Jahren eine fundamentale Ebene des Nachdenkens über Demokratie-Lernen innerhalb des Netzwerkes von Lehrern, Erziehungswissenschaftlern und demokratisch engagierten Personen, die am Fortbestand des Programms „Demokratisch Handeln“ mitwirken, dar.

Demnach kann es als eine fundamentale Perspektive des Programms gelten, demokratisches Handeln zu fördern, insofern dieses Handeln zugunsten der Demokratie und im Rahmen der Demokratie bestimmten aktuellen Fragen mit politischer und gesellschaftlicher Relevanz konzentriert, die projektförmig – langfristig möglichst in der Gruppe und dauerhaft auf einen Schwerpunkt konzentriert – gewidmet ist.

Spezifische Möglichkeiten der Schulpädagogik, das Demokratie-Lernen zu fördern

In der Kontroverse um den richtigen Weg des Demokratie-Lernens stehen sich Schulpädagogik und Politikdidaktik gegenüber. Die Positionen aus beiden Disziplinen müssen sich nicht ausschließen. Neben dem ohnehin bestehenden Fachunterricht, dessen Gegenstand die Institutionen des demokratischen Staates bilden, kann die Schulpädagogik respektive ein schulpädagogischer Fokus der Fachlehrer einen „alternativen“ Weg des Demokratie-Lernens bestreiten. Schließlich besteht die Schule nicht allein aus dem Fachunterricht. Es gibt überdies einen Schulalltag, einen Kranz von Handlungen und Handlungsspielräumen, die in den Lehrplänen des Fachunterrichts schwerlich

allesamt berücksichtigt werden können. Das Lernen im schulischen Alltag ist ein Thema der Schulpädagogik als Teil der Erziehungswissenschaft. Diese Teildisziplin der Erziehungswissenschaft wendet sich auch denjenigen Prozessen und Strukturen des Lernens zu, die sich neben dem Fachunterricht im schulischen Geschehen abzeichnen. Hierbei ist es auch ihr Geschäft, nach Chancen für ein Demokratie-Lernen im Schulalltag zu fragen. Die Fülle der Probleme, die in der Gegenwart das Schulleben prägen, sind nicht nur durch Stichworte wie PISA oder IGLU zu kennzeichnen, sondern auch durch Littletown, Erfurt und Hildesheim – Lernen und Nicht Lernen, Leben und Gewalt spiegeln sich auch in der Schule.

Der ganze Fundus an Erfahrungen und Reflexionen aus Projekten, die seit der Wende in der Geschäftsstelle des Förderprogramms „Demokratisch Handeln“ archiviert werden konnten, zeigt, wie vielfältig die Wege des Demokratie-Lernens in der Schule sein können: Es gibt beispielsweise den Weg, der Demokratie innerschulisch durch die Integration von Schülern oder Schülerparlamenten in Beratungs- und Entscheidungsprozesse über Regeln des alltäglichen Miteinanders in der Schule zum Leben zu verhelfen und so Schülern das Erlernen der Demokratie zu ermöglichen – wie diese Lernstatt und insbesondere der Workshopteil zum Thema „Regeln im Schulleben“ belegt. Es existiert außerdem beispielsweise der Weg, Schüler in eine Erinnerungskultur einzuführen, in das Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung und -vernichtung, da dieses Erinnern und Gedenken zu den Kernelementen des bundesrepublikanischen Demokratieverständnisses gehört.

Die spezifische Aufgabe der Schule kann in folgendem gesehen werden: Sie ist diejenige Instanz, die jede neue Generation beinahe geschlossen durchläuft. Die Vertreter des demokratischen Staates, die demokratischen Mitglieder der Gesellschaft müssen ein Interesse daran haben, dass die Schulzeit junger Menschen nicht ungenutzt verstreicht, dass also hier die in einmalige Chance nicht verpasst wird, diesen jungen Menschen positive Erfahrungen der Demokratie auf möglichst vielen Feldern zu gewähren.

Demokratiepädagogik

Das Förderprogramm „Demokratisch Handeln“ versteht sich als profilierter Beitrag zur „Demokratiepädagogik“: das heißt, es will demokratische Verhaltensdispositionen (z.B. Fremdverstehen und Achtung gegenüber dem Fremden, Selbstwirksamkeitsüberzeugungen, Toleranz, Gewaltfreiheit, Bindung an transparente Regeln aus dem Geist der Unantastbarkeit der Menschenwürde, Einsatz für Minderheiten, Anerkennung der prinzipiellen Gleichheit alles dessen, was menschliches Antlitz trägt) fördern, nicht nur analytische Fähigkeiten und theoretische Kenntnisse, sondern Einstellungen, gekoppelt an die Möglichkeit, diese Einstellungen nicht nur „zu

haben“, sondern mit Ihnen auch praktisch „umgehen“ zu können, sie wirken zu lassen – das meint gerade der Begriff der „Selbstwirksamkeit“. Dies kann durch eine Einübung demokratische Praktiken geschehen oder durch eine Bearbeitung wichtiger Fragen aus Politik und Gesellschaft mittels solcher Praktiken. Demokratiepädagogik ist dementsprechend ein eigenständiger Ansatz der Pädagogik, der nicht mit der herkömmlichen historisch-politischen Bildung identisch ist und ebenso wenig als Ersatz für den Sozialkundeunterricht oder ähnlich geartete Unterrichtsfächer, deren Gegenstand die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats bilden, konzipiert war.

(Lorenz Wagner)